



**Der Streik der schleswig-holsteinischen Metallarbeiter 1956/57.**<sup>1</sup> Mitten im „Wirtschaftswunder“ erlebte Schleswig-Holstein einen bundesweit einmaligen Arbeitskampf. Zwischen Oktober 1956 und Februar 1957 streikten Beschäftigte in der Metallindustrie des Landes – 114 Tage lang. Im Zentrum der Auseinandersetzung

stand die Frage nach der „Lohnfortzahlung im Krankheitsfall“. Es ging im Kern also um einen weiteren Schritt hin zur Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten, die bereits seit Jahrzehnten auch bei Krankheit ihr Gehalt – befristet – weiter bezahlt bekamen. Weitere Hauptforderungen bestanden in der Zahlung eines zusätzlichen Urlaubsgeldes sowie einer Verlängerung des Urlaubs.

Erstmalig ging es bei einem großen Arbeitskampf nicht um die Höhe der Löhne, sondern um die tarifvertraglich festgeschriebenen Arbeitsbedingungen. Die Arbeitgeberseite unterschätzte zunächst die prinzipielle Bedeutung, welche die „Lohnfortzahlung“ für die Gewerkschaftsvertreter und die Arbeitnehmer besaß. Konjunktur und eine hervorragende Auftragslage der auf Jahre ausgelasteten Werften, auf denen 25 000 der insgesamt 65 000 Metallarbeiter Schleswig-Holsteins arbeiteten, sowie gut gefüllte Streikkassen ermutigten zur lokal begrenzten Auseinandersetzung in dieser Region.

Im September 1956 erklärten die Gewerkschaften das Angebot der Arbeitgeber in der laufenden Tarifrunde für unzureichend und organisierten für den 11. und 12. Oktober 1956 eine Urabstimmung, bei der sich 88 Prozent der teilnehmenden Gewerkschaftsmitglieder dem Streikaufruf anschlossen. Am 24. Oktober begann der Streik in 15 Betrieben mit insgesamt rund 20 000 Beschäftigten. Die Metallgewerkschaft verfolgte die neue Streiktaktik der „flexiblen Eskalation“, bei der zunächst nur ein Teil der Metall verarbeitenden Betriebe im Tarifgebiet Schleswig-Holstein bestreikt werden sollte. Um die Streikfront möglichst geschlossen zu gestalten und die Zahl der „Streikbrecher“ möglichst niedrig zu halten, konzentrierten sich die Streiks zunächst vor allem auf Betriebe der Schlüsselindustrie Schiffbau, die in Schleswig-Holstein auch eine große symbolische Bedeutung besaß und in der der gewerkschaftliche Organisationsgrad besonders hoch lag. Bis Januar 1957 wuchs die Zahl der bestreikten Betriebe auf 38 und die Zahl der streikenden Arbeiter auf rund 34 000. Eine wichtige Ausnahme bildete die Ahlmann Carlshütte in Büdelsdorf/Rendsburg, wo weniger als die Hälfte der Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert war und Unternehmerin Käte Ahlmann mit Druck, aber auch durch Appelle an das Betriebszugehörigkeitsgefühl, das auf der „Hütte“ in Büdelsdorf besonders stark wirkte, einen Streik abwendete.

Die Stimmung der Streikenden war gut, nicht zuletzt dank einer geschickt organisierten ‘Streikkultur’. Die zentrale Streikleitung der IG Metall koordinierte von Kiel aus die Aktionen der Gewerkschaft, die von Anfang an nicht nur in Schleswig-Holstein große Aufmerksamkeit erregten. Dazu gehörte beispielsweise ein eigenes ‘Kul-

## Sebastian Lehmann, unter Mitarbeit von Astrid Schwabe: Der Metallstreik 1956/57 in Karikaturen

<sup>1</sup> Vgl. zum Metallstreik in Schleswig-Holstein: Danker, Uwe: Metallarbeiterstreik 1956/57, in: Ders.: Die Jahrhundert-Story, Band 1, Flensburg 1998, S. 88-107. Dittrich, Irene/Kalk, Wilfried: „Wir wollen nicht länger Menschen zweiter Klasse sein!“ Der Metallarbeiterstreik in Schleswig-Holstein 1956/57, in: Demokratische Geschichte 2 (1987), S. 351 - 394. Dokumentation. Streik der Metallarbeiter in Schleswig-Holstein 1956/57. Hrsg. vom Vorstand der IG Metall, Frankfurt 1978. Joho, Michael: Die Geschichte der Metallarbeiterbewegung und ihrer Gewerkschaften in Flensburg, Flensburg/Hamburg 1992. Kalk, Winfried: Arbeiterbewegung in Rendsburg. Die Geschichte der IG Metall-Verwaltungsstelle bis 1986, Kiel 1987. Kalk, Winfried: 120 Jahre Metallarbeiterbewegung in Kiel. Die Geschichte der IG Metall-Verwaltungsstelle bis 1989, Kiel 1989. Stamp, Friedrich: Arbeiter in Bewegung. Die Geschichte der Metallgewerkschaften in Schleswig-Holstein, Malente 1997. Streiknachrichten (Dokumentation), hrsg. vom Vorstand der IG Metall, Frankfurt 1976.

turangebot': Filmvorführungen für Streikende, eine „Streikrevue“, Kasperletheater und Modenschauen.

Mit zunehmender Dauer des Ausstands versuchte die Politik, Bewegung in die festgefahrenen Positionen zu bringen. Der Landtag beschäftigte sich mit dem Thema und der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel führte insgesamt sechs – erfolglose – Gespräche mit den Streikenden. Der Druck der Öffentlichkeit zu einer Einigung zu kommen, stieg beständig, so dass die Tarifkonfliktparteien im Dezember 1956 die Schlichtungsstelle anriefen. Deren Vorschlag erschien der Gewerkschaft jedoch nicht akzeptabel, so dass sie ihn ihren Mitgliedern am 7. Januar zur Urabstimmung vorlegte. Das Ergebnis: 97 Prozent der streikenden Metalller stimmten gegen den Schlichtungsvorschlag und für eine Fortführung des Streiks. In der Öffentlichkeit mehrten sich Stimmen, die sich dafür aussprachen, politisch in die Auseinandersetzung einzugreifen und die Tarifparteien zu einer Einigung zu zwingen. Ein erneuter Schlichtungsversuch, diesmal auf Einladung von Bundeskanzler Konrad Adenauer, schien Mitte Januar den Durchbruch zu bringen: Bei der Hauptforderung der Gewerkschaft, der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, hatten die Arbeitgeber Teilzugeständnisse gemacht.

Bei der nun folgenden dritten Urabstimmung erlebte die IG Metall am 30. Januar 1957 ein überraschendes Debakel. Trotz ihrer Empfehlung zur Annahme sprachen sich 76 Prozent der Stimmberechtigten gegen die Einigung aus. Nach 14 langen Wochen Streik erschien dieses „Bonner Abkommen“ als zu dürftig. Erst nach einer erneuten Nachbesserung kam in der 4. Urabstimmung am 9. Februar die notwendige 3/4-Mehrheit für eine Fortsetzung des Streiks nicht mehr zustande, auch wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten den Streik ablehnte und in Flensburg tumultartige Proteste gegen die Gewerkschaft ausbrachen.

Die erbitterte und längste Tarifauseinandersetzung der deutschen Geschichte endete am 15. Februar 1957. Sie lieferte den Durchbruch in der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, aber es blieb dabei: Arbeiter und Angestellte wurden noch nicht vollständig gleichgestellt.

### **Die „Streiknachrichten“ der IG Metall und der Streik im Spiegel der Karikaturen.**

Von Anfang an wurde der Streik, der keineswegs über Nacht auf die Beteiligten zukam, sondern sich lange abgezeichnet hatte, publizistisch und öffentlichkeitswirksam „begleitet“ – sowohl von Arbeitgeber- wie auch von Gewerkschaftsseite. Aus der Perspektive der organisierten Arbeitnehmer dokumentierten die „Streiknachrichten“ der IG Metall vom ersten Tag an den Verlauf des Ausstands. Nahezu täglich erschienen die „Streiknachrichten“ – insgesamt 80 Ausgaben. Für die Redaktion waren vor allem die beiden SPD-Politiker Heinz Ruhnau von der Bezirksleitung der IG Metall und Julius Brendebek von der IG Metall-Verwaltungsstelle Kiel verantwortlich.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, bestehen die „Streiknachrichten“ aus zwei Doppelseiten, inhaltlich bieten sie eine anspre-

chende und illustrierte Mischung aus Leitartikeln zu aktuellen Entwicklungen an der 'Verhandlungsfront', Reportagen vom Streikgeschehen an den verschiedenen Standorten, Solidaritätsadressen aus dem Rest der Bundesrepublik und aus dem Ausland, Terminhinweisen (beispielsweise zu Aufführungen der „Streikrevue“), Beiträgen zu historischen Streiks – und Unterhaltsames: So gibt es den zeitgemäßen Comic-Strip „Hein Mück auf Streikposten“, Kurzgeschichten und vor allem täglich Karikaturen, die das Streikgeschehen zugespitzt auf den Punkt bringen.

Die meisten dieser Karikaturen entstammen der Feder von Peter Leger (1925-1991), der seit den späten 1940er Jahren unter anderem für die „Hannoversche Presse“ und die „Süddeutsche Zeitung“, vor allem aber für den sozialdemokratischen „Vorwärts“ und eine ganze Reihe von Gewerkschaftszeitungen arbeitete. Fast in jeder Ausgabe der „Streiknachrichten“ finden sich eine oder mehrere Karikaturen, teils nehmen sie sehr konkret Bezug auf aktuelle Ereignisse und Entwicklungen, teils erinnern sie die Leser in erster Linie an den offenbar unüberbrückbaren, grundsätzlichen Gegensatz zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Fast immer sind sie polemisch, überspitzen, übertreiben, arbeiten mit Klischees und eindeutigen Symbolen. Selten findet sich ein Unternehmer, der ohne fette Zigarre oder dicken Wohlstandsbauch dargestellt ist. Einige sind brüllend komisch, einige bitterböse, einige muten sogar rührselig an. Einen ernsten Hintergrund haben sie alle: Die von beiden Seiten hart geführte Auseinandersetzung um die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten, aus Arbeitnehmersicht der Wunsch, nicht länger als „Menschen zweiter Klasse“ behandelt zu werden.

Im Folgenden findet sich eine Auswahl der über hundert Karikaturen, welche die Geschichte der wichtigsten Tarifauseinandersetzung in Schleswig-Holstein dokumentieren. Inhaltlich sind es im Kern acht Motive, die oft wiederkehren und die aus Sicht der Gewerkschaftler und der Arbeitnehmer die zentralen Themen des Streikgeschehens bilden: Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Urlaubsregelungen und Urlaubsgeld, Unternehmerverhalten während des Streiks, Streikbrecher, Rolle der Unternehmerverbände, Eingreifen der Regierungspolitik in das Streikgeschehen, aktuelle Bezüge und Propagandaaktivitäten der Arbeitgeber.



### Lohnfortzahlung im Krankheitsfall

Unternehmerwunsch. Mit bitterböser Ironie überzeichnet der Karikaturist die Positionen der Unternehmenseite auf den drei wichtigsten Feldern der tariflichen Auseinandersetzung: Arbeitsfreier Samstag, Urlaub und Urlaubsgeld, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Wie in vielen anderen Karikaturen wird der Unternehmer als Stereotyp mit Schmerbauch, Zigarre und feistem Grinsen dargestellt.

(Streiknachrichten Nr. 50 vom 9. Januar 1957, S. 2)

**Unternehmerwunsch: Endlich „maßvolle“ Gewerkschaftsforderungen.**

„Ihr Mann braucht  
kräftige Kost,  
Frau Schmidt, viel  
Fleisch, Butter,  
mal ein Glas Rot-  
wein!“

„Wovon soll ich  
das bezahlen,  
Herr Doktor?“



Die Folgen des Lohnausfalls im Krankheitsfall: Offenbar eignete sich das für viele Arbeitnehmerfamilien geradezu existentielle Thema nicht für eine Pointe, so dass diese Zeichnung weniger eine Karikatur als eine auf jeden Witz verzichtende Anklage darstellt.

(Streiknachrichten Nr. 6 vom 1. November 1956, S. 3)



**Unternehmersorgen auf Sizilien**  
*„Urlaubsgeld?! — Wer gibt uns welches?“*

### Urlaubsregelungen und Urlaubsgeld

Der stereotyp gezeichnete Unternehmer lebt „la dolce vita“ und pfeift zynisch auf die Ansprüche der Arbeitnehmer. Die für die Karikaturen charakteristische Schwarz-Weiß-Malerei stützt eindeutige Wahrnehmungen und stärkt den Durchhaltewillen in dem langen Arbeitskampf.

(Streiknachrichten Nr. 5 vom 31. Oktober 1956, S. 3)



*Entsetzliche Vision: Eine Arbeiterfamilie in Urlaub*

Die Karikatur nimmt Bezug auf zwei der zentralen Forderungen der streikenden Metallarbeiter, nämlich die Zahlung eines zusätzlichen Urlaubsgeldes sowie eine Verlängerung des Urlaubs. Gleichzeitig spielt sie ironisch mit dem dahinter stehenden Gedanken einer stärkeren Gleichstellung der Arbeiterschaft mit anderen Berufsgruppen und unterstellt der Unternehmerschaft massive Ängste vor der Aufhebung sozialer Standesgrenzen, die sich eben auch im Urlaubsort manifestieren. (Streiknachrichten Nr. 30 vom 6. Dezember 1956, S. 1)

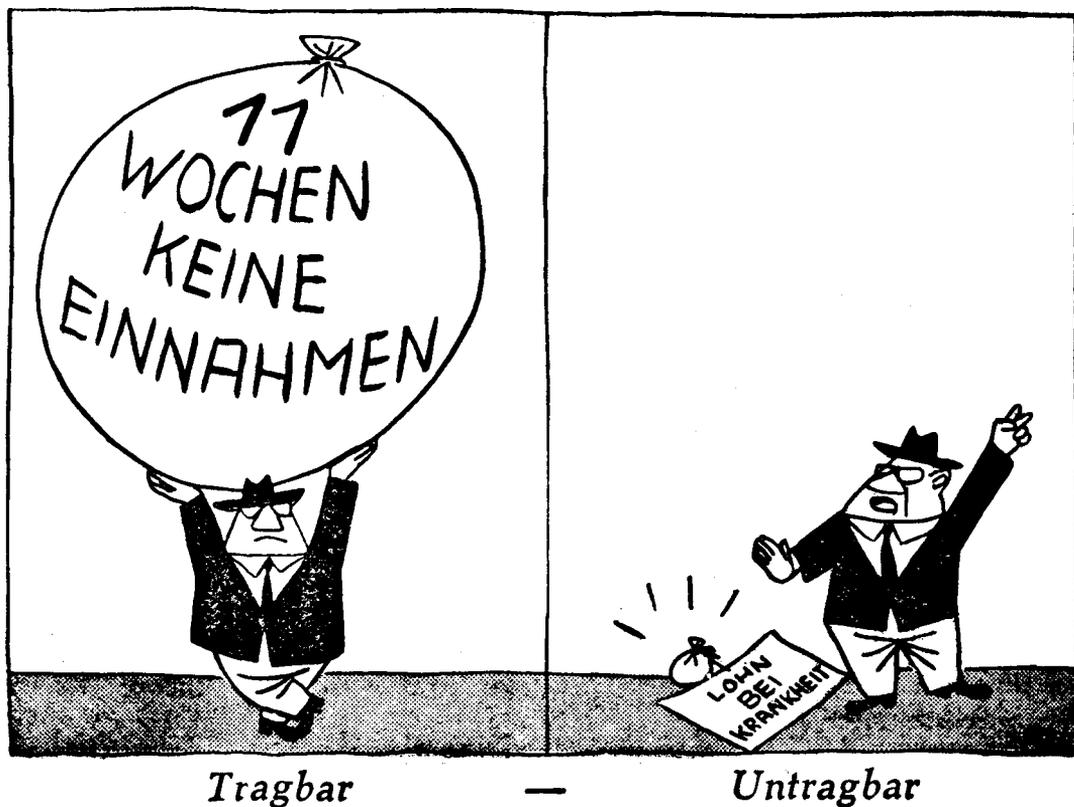


„Du behauptest also immer noch, dein Vater hätte dir dies Rechnen beigebracht?, Was ist denn dein Vater?“ „Arbeitgeber, Herr Lehrer!“

### Unternehmerverhalten während des Streiks

Die Karikatur kritisiert die aus Sicht der Metallarbeiter unseriöse Aufrechnung, die einige Arbeitgeber in Mitarbeiterbriefen aufgestellt hatten, dass die Forderungen der Streikenden nach Lohnfortzahlung, Erhöhung des Urlaubs und Zahlung von Urlaubsgeld insgesamt 37 Prozent der Lohnsumme eines Betriebes ausmache. In Gegenberechnungen der Gewerkschaften kamen diese auf lediglich 4 Prozent.

(Streiknachrichten Nr. 5 vom 31. Oktober 1956, S. 1)



*Tragbar*

—

*Untragbar*

Kritik am vermeintlich vernunftwidrigen Verhalten der Arbeitgeber, die sich den Forderungen nach Lohnfortzahlung im Krankheitsfall widersetzen und dabei ungleich höhere Gewinnaufschläge durch eine Verlängerung des Arbeitskampfs in Kauf nehmen. Die Karikatur wurde flankiert von einigen Artikeln, die genau diese Argumentation verfolgten, und sie ist einzuordnen in eine wachsende Zermürbung der beiden Lager nach über zweieinhalb Monaten Streik. (Streiknachrichten Nr. 54 vom 15. Januar 1957, S. 2)



### **Streikbrecher**

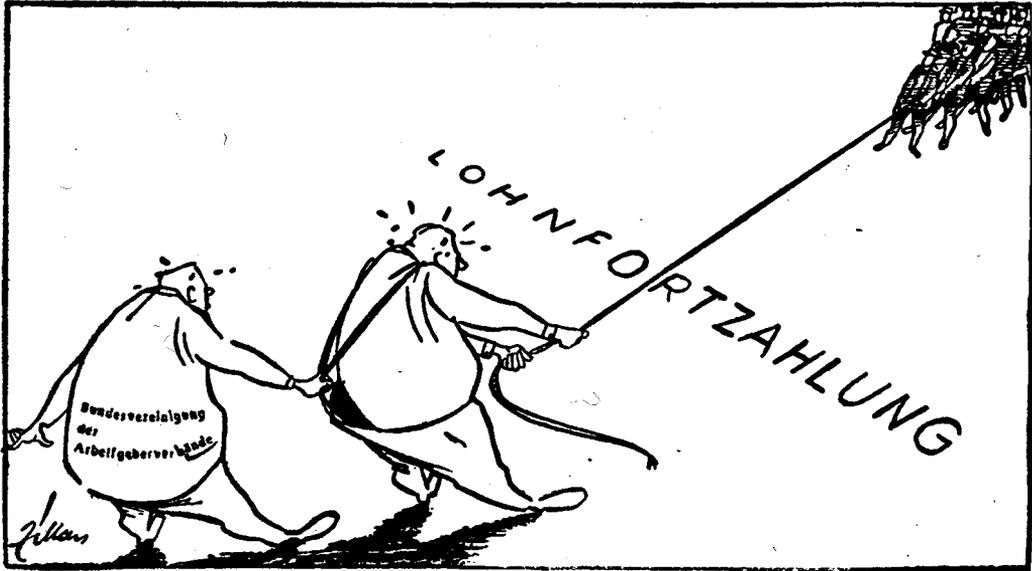
Das Problem der „Streikbrecher“ blieb über die gesamte Dauer des Arbeitskampfes ein wirklich brisantes Thema bei den Streikenden, die das Verhalten arbeitender Kollegen als zutiefst unsolidarisch und kriecherisch brandmarkten und mit durchaus zu hinterfragenden Aktionen sanktionierten, beispielsweise durch öffentliche Stigmatisierung und soziale Ausgrenzung der Betroffenen. Die Perspektive der bisweilen der blanken Not Gehorchenden blieb dabei ausgeblendet.

(Streiknachrichten Nr. 3 vom 29. Oktober 1956, S. 2)



„Gibt der Herr Direktor eine Vorstellung für Streikende?“ — „Nea, er sucht Streikbrecher!“

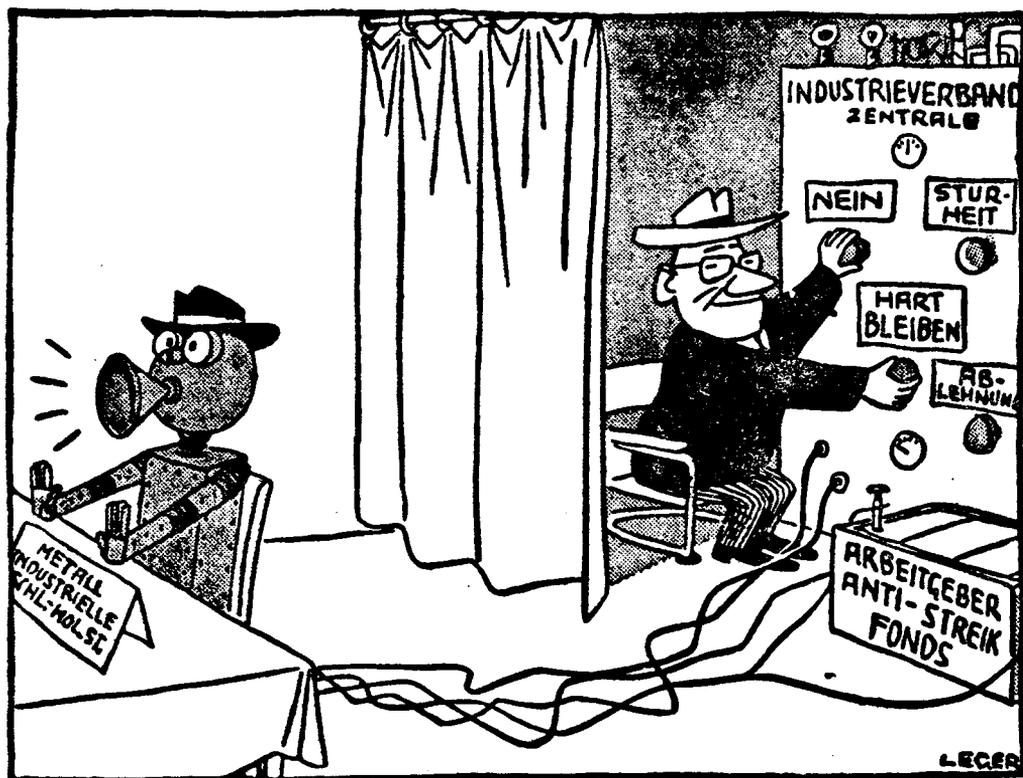
Das „Rattenfänger“-Motiv aufnehmend, thematisiert diese Karikatur das Bemühen der Unternehmer mit verschiedenen Methoden „Streikbrecher“ zu mobilisieren – hier am Beispiel der Electroacoustic GmbH („Elac“) in Kiel, die seit dem 5. November 1956 bestreikt wurde. (Streiknachrichten Nr. 10 vom 7. November 1956, S. 1)



*Auch diese Hilfestellung wird den Unternehmern nichts nützen*

### **Rolle der Unternehmerverbände**

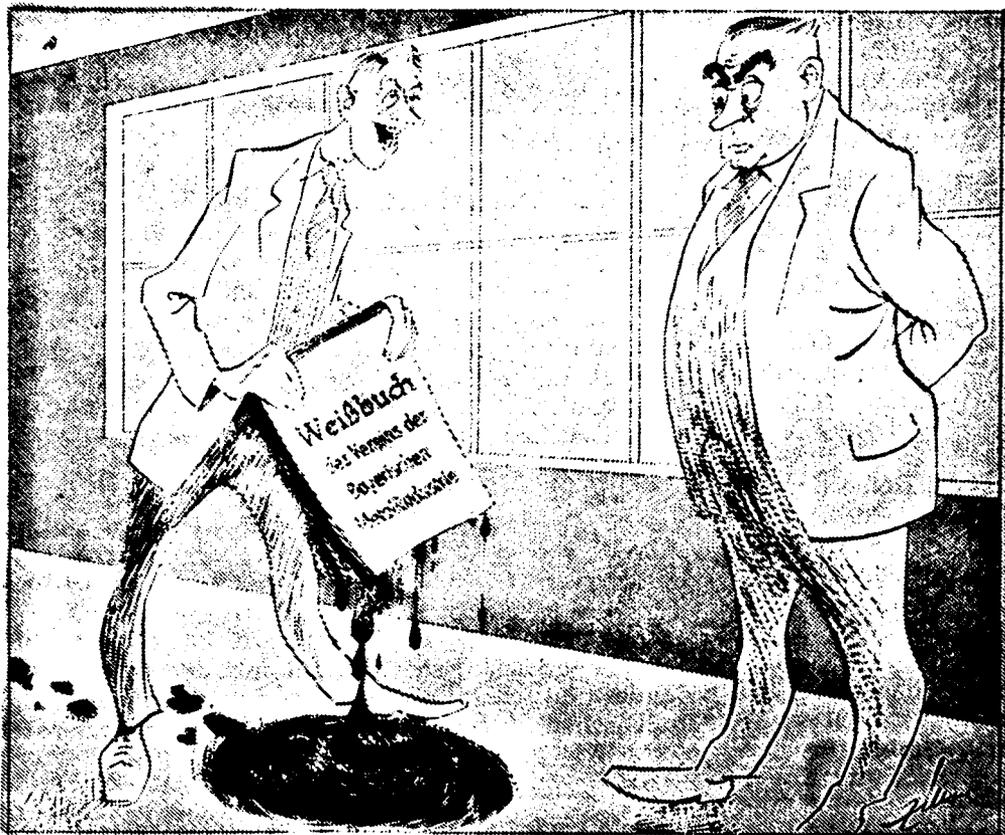
Durchgängig findet sich in Artikeln und Karikaturen der „Streiknachrichten“ die Kritik an der Einmischung der größeren Arbeitgeberverbände, die aus Sicht der Streikenden die unnachgiebige Haltung des schleswig-holsteinischen Arbeitgeberverbands zementierten und so den Streik verlängerten. (Streiknachrichten Nr. 7 vom 2. November 1956, S. 2)



*Automation: Patent Arbeitgeberverband*

Nach einem Vierteljahr Streik stellt die Karikatur die als nach wie vor unnachgiebig empfundenen schleswig-holsteinischen Metallarbeitgeber als ferngesteuerten Roboter dar, der nur noch durch den 'Tropf' des „Solidaritäts-Fonds“ der Arbeitgeberverbände funktionstüchtig gehalten werden kann.

(Streiknachrichten Nr. 62 vom 25. Januar 1957, S. 2)

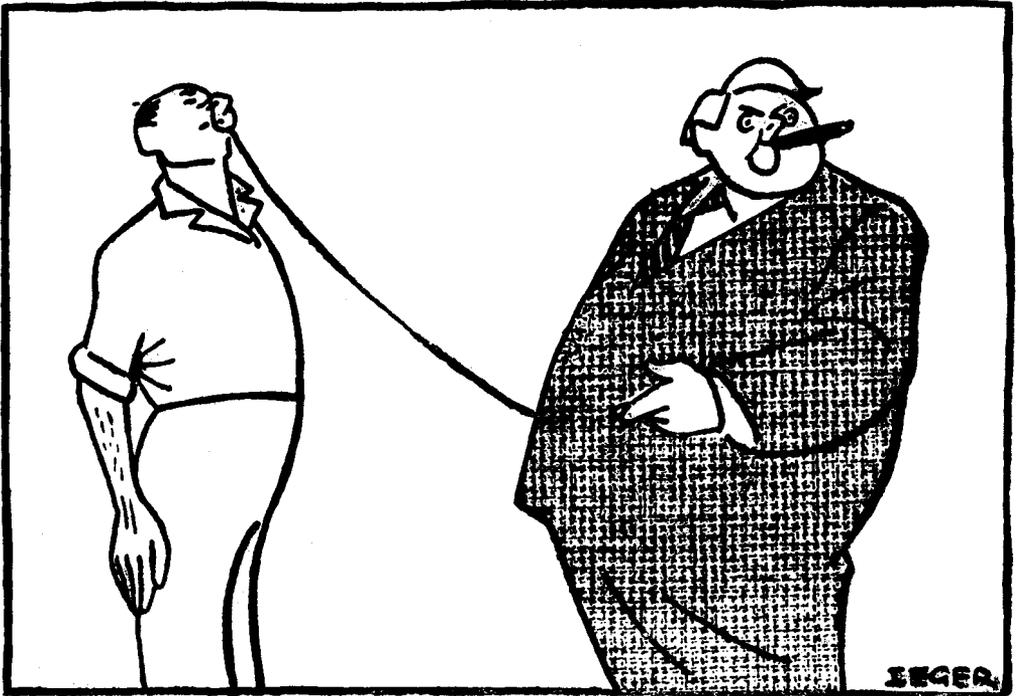


„Hier ist das Schwarz . . . — äh . . . das Schwarz-Weißbuch über den Metallarbeiterstreik in Bayern, Herr Direktor!“

### Eingreifen der Regierungspolitik in das Streikgeschehen

Unmittelbar nach Beginn des Streiks sorgte das Verhalten des schleswig-holsteinischen Innenministers Helmut Lemke für einen Aufschrei der Empörung bei der Gewerkschaft, als er Auszüge eines so genannten „Weißbuchs“ in Form einer Dienstanzweisung an die Polizeidienststellen des Landes verteilte: Ziel war es offenbar, die Polizeidienststellen auf eventuell die öffentliche Ordnung gefährdende Aktionen

der Streikenden einzustellen. In dem „Weißbuch“, zusammengestellt von den bayrischen Metallarbeitgebern, war ein Streik der bayrischen Metaller zwei Jahre zuvor als „Terrorfeldzug“ diffamiert worden. Hierin erblickten nicht nur die „Streiknachrichten“ ein einseitiges Eingreifen und „Scharfmacherei“ durch die Landesregierung (Streiknachrichten Nr. 3 vom 29. Oktober 1956, S. 2)



Der „disziplinierte Tarifpartner“, wie ihn sich Prof. Erhard vorstellt

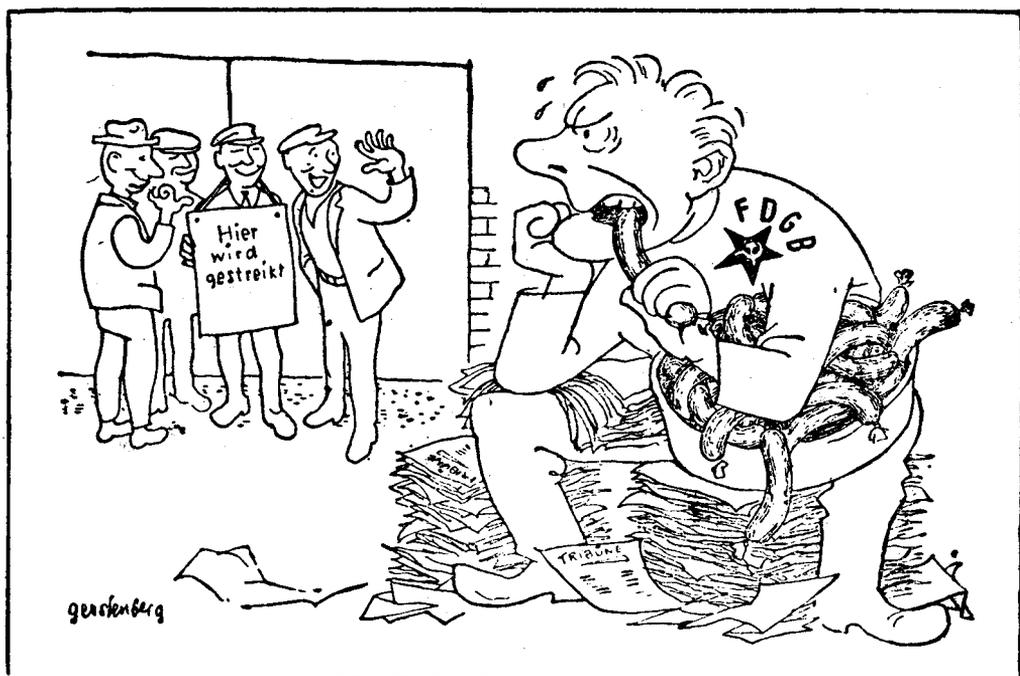
Nicht nur den christdemokratischen Landespolitikern, sondern – wie in dieser Karikatur vom 18. Januar 1957 – auch Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard warfen die Metaller unternehmerfreundliche Einmischung in den Arbeitskampf vor, weshalb die „Streiknachrichten“ in der entsprechenden Schlagzeile „Keine Einmischung des Staates!“ forderten. Hintergrund waren die „Informationsgespräche“ der Tarifparteien auf Einladung Bundeskanzlers Adenauer im Bonner Bundeskanzleramt, die einen Tag zuvor stattgefunden hatten.  
(Streiknachrichten Nr. 57 vom 18. Januar 1957, S. 1)



Arbeitgeber-  
„Wahrheiten“  
haben  
kurze Beine.

### Aktuelle Bezüge

Viele der Karikaturen kommentierten unmittelbar aktuelle Themen des Streikgeschehens, wie beispielsweise die hier abgebildete vom 8. November 1956. Sie bezieht sich auf ein Urteil eines Hamburger Arbeitsgerichts, das per Einstweiliger Verfügung den Metallarbeitgebern untersagte, diffamierende Zeitungsanzeigen zu schalten. In diesen war unter anderem die Behauptung aufgestellt worden, dass der Streik längst hätte beendet werden können, „wenn die Arbeiter durch den Terror der zentralen Streikleitung am Betreten ihrer Werke nicht gehindert“ worden wären. (Streiknachrichten Nr. 11 vom 8. November 1956, S. 1)



**Klagelied des sowjetzonalen FDGB: „Daß sie unsere Flugblätter nicht lesen, kann ich noch verstehen. Aber daß sie unsere HO-Würstchen auch nicht nehmen, geht über meinen Horizont!“**

Die Karikatur kommentiert die im Zuge des Streiks mehrfach aufgetretenen Versuche der DDR-Gewerkschaft FDGB, mit Hilfe von Solidaritätsadressen, personeller, ideologischer und vor allem finanzieller Unterstützung der Streikenden propagandistisches Kapital aus dem Streikgeschehen „im Westen“ zu ziehen. Die demonstrative Abgrenzung durch die Streikleitung gegen derart unwillkommene Solidaritätsbekundungen aus „dem Osten“ besaß in Zeiten des Kalten Kriegs enorme Bedeutung für die Legitimität des Arbeitskampfes. (Streiknachrichten Nr. 58 vom 21. Januar 1957, S. 1)



### Propaganda der Arbeitgeber

Ein ständig wiederkehrendes Motiv in den Karikaturen ist die Kritik an den „Propagandamethoden“ der Arbeitgeber, wie beispielsweise der hier erhobene Vorwurf, die angeblich hervorragende Auftragslage der Unternehmen zu verschleiern.

(Streiknachrichten Nr. 21 vom 23. Oktober 1956, S. 4)



*„Diese Platte hat schon mein Großvater verwendet. Sie ist zwar alt, aber immer noch brauchbar . . .“*

‘Wehklagen’ der Unternehmer über ruinöse Forderungen der Gewerkschaften als ‘alte Platte’ – ein zeitloses Motiv in den ‘Streiknachrichten’.  
(Streiknachrichten Nr. 31 vom 7. Dezember 1956, S. 4)

